

perfektioniert, eine „wissenschaftliche Beratung“ der Bundesregierung gesichert, langfristige gesellschaftspolitische Konzeptionen entwickelt, Prognosen, Regulierungstechniken und andere Methoden weitsichtig ausgearbeitet und angewandt werden können.¹ Bei der Bewältigung dieses Problems sind neben solchen Disziplinen wie der Staats- und Rechtswissenschaft, der Soziologie, der Kybernetik, der Organisations- und Kommunikationswissenschaft vor allem der sogenannten Politischen Wissenschaft bedeutungsvolle Aufgaben zugewiesen.^{1,2}

I

Die Herausbildung der konformistischen Politischen Wissenschaft imperialistischer Provenienz war untrennbar mit dem Interesse der Monopolbourgeoisie verbunden, angesichts der mit dem Übergang zum Imperialismus sich zuspitzenden Klassenantagonismen zu neuen Rezepten und Methoden der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung Zuflucht zu nehmen. Die traditionelle bürgerliche spekulative Philosophie, der juristische Dogmatismus und die abstrakte Staats Wissenschaft, weit von der Wirklichkeit und den Problemen des täglichen politischen Geschehens entfernt, vermochten nicht mehr genügend wirkungsvoll die Funktion ideologischer Apologetik, der Verbrämung des Klassenwesens der imperialistischen Machtverhältnisse, wahrzunehmen. Als unzureichend erwiesen sich ihre Mittel namentlich auch in den Bestrebungen der herrschenden Kreise der Monopolbourgeoisie, der allgemeinen Krise des Kapitalismus durch neue Formen der Machtausübung zu entgehen. Die politische Wirklichkeit des Imperialismus, die Explosivität der sich vollziehenden politischen und sozialen Prozesse gab den Herrschenden Veranlassung, Theorien und Methoden zur Untersuchung des politischen Systems und zur Ausarbeitung von Herrschaftstechniken zu fordern, die die imperialistische Ordnung stabilisieren sollten.

Die ersten Ansätze zu einer Politischen Wissenschaft dieses Auftrags gehen auf politische und soziologische Theorien zurück, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts vor allem von Weber, Pareto, Mosca und anderen begründet wurden. In diesen Theorien widerspiegeln sich noch — wenn auch verzerrt — be-

1 Auf die Bestrebungen des westdeutschen Monopolkapitals, den imperialistischen Staat den Erfordernissen der neuen Phase der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution besser anzupassen, wies vor allem W. Ulbricht auf dem 2. Plenum des ZK der SED hin (vgl. den Abschnitt „Zwei entgegengesetzte Entwicklungen in den beiden deutschen Staaten“, in: Die Konstituierung der staatlichen Organe und Probleme ihrer wissenschaftlichen Arbeitsweise, Berlin 1967, S. 54 ff.). Von großem Gewicht für die theoretische Auseinandersetzung mit der Entwicklung des imperialistischen Staates und der imperialistischen Ideologie sind die Arbeiten W. Ulbrichts, Die Bedeutung des Werkes „Das Kapital“ von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland, Berlin 1967, ferner: Die Bedeutung und die Lebenskraft der Lehren von Karl Marx für unsere Zeit, Berlin 1968.

2 Während es in der sowjetischen und z. B. auch in der polnischen marxistischen Literatur eine Anzahl von Publikationen zur Rolle der bürgerlichen Politischen Wissenschaft gibt (vgl. W. G. Kalenskij, „Zum Gegenstand und zur Methode der bürgerlichen Politischen Wissenschaft“, Sowjetskoje gossudarstwo i pravo, 1966, H. 9, S. 33 ff.; W. E. Tschirkin, „Über die Struktur der Politischen Wissenschaft in den bürgerlichen Ländern“, Sowjetskoje gossudarstwo i pravo, 1968, H. 1, S. 128), wurde in der DDR dieser Disziplin bei der Auseinandersetzung mit dem westdeutschen Imperialismus bisher kaum Beachtung geschenkt.